§15

(1) Die für den Einzug der produktgebundenen Abgaben zuständigen Organe sind berechtigt, den Betrieben auf Antrag die Anwendung von Abschlagzahlungen zu gestatten. Abschlagzahlungen können für Betriebe zugelassen werden, für die ein Entstehungszeitraum von 5 oder 10 Kalendertagen gilt. Der Abführungsbetrag zum letzten Fälligkeitstermin eines Monats errechnet sich aus der für den Monat tatsächlich entstandenen Zahlungsverpflichtung abzüglich der geleisteten Abschlagzahlungen.

(2) Die Höhe der Abschlagzahlungen ist neu festzusetzen, wenn sich durch Erweiterung oder Einschränkung der Produktion oder des Absatzes oder aus anderen Gründen die monatliche Zahlungsverpflichtung um mehr als 5 % verändert.

§16

(1) Die Betriebe haben in einer Abrechnung die Höhe der errechneten und die Höhe der abgeführten produktgebundenen Abgaben nachzuweisen. In den Nachweis sind die gemäß § 9 Abs. 1 ermittelten produktgebundenen Abgaben für Exportumsätze einzubeziehen. Das gilt in gleicher Weise auch für den Nachweis der errechneten produktgebundenen Abgaben für Lieferungen an Erstausstatter auf Grund besonderer Regelungen sowie für die gemäß § 5 Abs. 3 vergüteten produktgebundenen Abgaben. Soweit Betriebe Unterschiedsbeträge gemäß § 5 Abs. 3 sowie produktgebundene Subventionen aus den abzuführenden produktgebundenen Abgaben finanzieren, haben sie die Zuführungen und Abführungen brutto abzurechnen und nachzuweisen.

(2) Die Abrechnung der produktgebundenen Abgaben ist bei Betrieben der volkseigenen Wirtschaft Bestandteil der staatlichen Berichterstattung. Einzelheiten zur Abrechnung der produktgebundenen Abgaben werden in den Bestimmungen über die Berichterstattung geregelt.

(3) Betriebe mit staatlicher Beteiligung, genossenschaftliche und private Betriebe sowie Handwerker und andere selbständig tätige Bürger haben die Abrechnung der produktgebundenen Abgaben gemäß Abs. 1 gegenüber dem Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, zu folgenden Terminen vorzunehmen:

- a) Betriebe, für die gemäß § 12 Abs. 2 ein Entstehungszeitraum von einem Kalendertag, 5 Kalendertagen, 10 Kalendertagen oder einem Monat gilt, rechnen monatlich ab und reichen die Abrechnung für einen Monat bis zum 15. Kalendertag des nächstfolgenden Monats ein;
- b) Betriebe, für die gemäß § 12 Abs. 2 ein Entstehungszeitraum von einem Vierteljahr gilt, rechnen vierteljährlich ab und reichen die Abrechnung für ein Vierteljahr bis zum 15. Kalendertag des nächstfolgenden Monats ein;
- c) Betriebe, für die gemäß § 12 Abs. 2 ein Entstehungszeitraum von einem Kalenderjahr gilt, rechnen jährlich ab und reichen die Abrechnung für ein Kalenderjahr bis zum 15. Kalendertag des nächstfolgenden Monats ein.

Zur Abstimmung und Abrechnung der jährlichen Haushaltsbeziehungseinf reichen die Betriebe mit der Jahressteuererklärung eine Gesamtabrechnung der produktgebundenen Abgaben ein.

(4) Die Abrechnung gemäß Abs. 3 hat auf einem Vordruck zu erfolgen. Die Betriebe fordern die Vordrucke beim Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, an. Der Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, kann weitere Anforderungen an die Abrechnung stellen.

(5) Der Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, ist berechtigt, Betrieben mit einer jährlichen Zahlungsverpflichtung von weniger als 100 000 M die Abrechnung der produktgebundenen Abgaben auf der Rückseite des Überweisungsträgers zu gestatten. In diesen Fällen gilt der gemäß § 13 Abs. 2 festgelegte Fälligkeitstermin für die Abführung der produktgebundenen Abgaben zugleich als Termin für die Abrechnung der produktgebundenen Abgaben. Betriebe, für die ein Entstehungszeitraum von 10 Kalendertagen gilt, nehmen die monatliche Abrechnung jeweils zum letzten Fälligkeitstermin der in einem Monat entstandenen Zahlungsverpflichtung vor.

(6) Fällt der Einreichungstermin auf einen Sonnabend, einen Sonntag oder Feiertag, ist die Abrechnung am nächstfolgenden Werktag einzureichen.

Zu § 8 Abs. 2 der Verordnung:

§17

Bei der Ermittlung der Höhe der produktgebundenen Subventionen haben die Betriebe zu berücksichtigen:

- a) Für Erzeugnisse, deren gesetzliche Höchstpreise unterschritten werden, ohne daß hierzu eine gesetzliche Verpflichtung besteht, dürfen produktgebundene Subventionen nicht beantragt oder durchgeführt werden.
- b) Für Erzeugnisse minderer Qualität, bei denen nach den preisrechtlichen Vorschriften Preisabschläge zu gewähren sind, sind je Einheit festgelegte Beträge der produktgebundenen Subventionen um den gleichen Prozentsatz zu kürzen, der für den Preisabschlag gilt.

Zu § 9 der Verordnung:

§ 18

(1) Die Betriebe der volkseigenen Wirtschaft sind berechtigt, die produktgebundenen Subventionen aus den abzuführenden produktgebundenen Abgaben zu finanzieren. Die Finanzierung aus anderen Abführungen bedarf der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen. Unabhängig von der Finanzierung sind die Zuführungen und Abführungen brutto abzurechnen und nachzuweisen.

(2) Die Betriebe mit staatlicher Beteiligung, die genossenschaftlichen und privaten Betriebe sowie die Handwerker und anderen selbständig tätigen Bürger sind berechtigt, die produktgebundenen Subventionen aus den abzuführenden produktgebundenen Abgaben zu finanzieren. Der zuständige Rat des Kreises, Abteilung Finanzen, kann die Finanzierung aus weiteren Abführungen zulassen. Unabhängig von der Finanzie-